

## Aufbruch zu sozialer Gerechtigkeit

### Theresa Schopper, Landesvorsitzende der Grünen, stellt in Sonthofen das Konzept der Grünen zur Grundsicherung vor

Sonthofen – „Grundsicherung für alle bedeutet nicht Freibier für alle“, machte Theresa Schopper bei ihrem Besuch in Sonthofen deutlich, wo sie das auf der Bundesversammlung in Nürnberg beschlossene Grundsicherungskonzept der Grünen vorstellte. Es handle sich um „Leitplanken für die Sozialpolitik und einen Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit“. „Damit wir denen, die es wirklich nötig haben, zielsicher helfen können“, so die Landesvorsitzende der bayerischen Grünen. Die Partei habe eine verantwortungsvolle Debatte geführt um Kinderarmut, Armut in Familien und Altersarmut zu begegnen.



„Die derzeitigen Hartz IV-Sätze gehen an der Lebensrealität vorbei“, so Schopper. Die Grünen-Forderungen umfassen darum in erster Linie eine Erhöhung des Hartz IV-Satzes auf 420 Euro pro Monat, eine Anhebung der Sätze für Kinder, höhere Zuverdienstmöglichkeiten und progressive Sozialversicherungsbeiträge. Vor allem aber sollen mehr Mittel in die soziale Infrastruktur wie Krippenplätze, Förderprogramme, zielgerichtete Hilfsangebote und die Bildungspolitik fließen „um Armutstraditionen zu durchbrechen“.

Schnell kam die Diskussion auf die aktuelle Situation bei der Jugendhilfe im Landkreis. „Es kann nicht sein, dass der Landrat hier bei jeder Kostensteigerung im Karree springt“, so die stellvertretende Kreissprecherin Elfriede Roth. Man müsse entscheiden was wichtiger ist, die Menschen im Oberallgäu oder der Straßenbau. Landratskandidat Thomas Gehring warnte davor, Kinder nur als Kostenfaktor zu sehen und nicht als die Menschen, die unsere Zukunft gestalten. Die Kosten für Kinder- und Jugendhilfe seien auch gestiegen weil die Sensibilisierung der Bevölkerung gestiegen ist, z. B. bei Hinweisen auf drohende Verwahrlosung von Kindern. Auch bei uns gebe es die absurde Situation, dass in den Schulen die Mittagsverpflegung eingeführt wurde, aber viele Eltern sich die Kosten des Schulmittagessens für ihre Kinder nicht leisten können.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sage zwar den Kommunen was sie zu tun haben - es kommen aber nicht genügend finanzielle Mittel in den Gemeinden für die zu bewältigenden Aufgaben an, waren sich die Anwesenden einig. Diskutiert wurden auch die Themen Mindestlohn, der Verlust von regulären Arbeitsplätzen durch 1 Euro-Jobs und die Möglichkeiten zur finanziellen Absicherung im Alter.